Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer"

Hallo, ich bin Svenja. Ich bin aktiv in der Jugendorganisation Revolution und in der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, kurz NaO.

Wir alle setzen heute ein wichtiges Zeichen der Solidarität – Solidarität mit den Refugees, ihren Forderungen und ihrem Kampf! Wir sind heute hier, um das Recht der BewohnerInnen des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu verteidigen. Wir wehren uns gegen Abschiebung und Residenzpflicht. Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung für alle!

Der Rassismus der deutschen und europäischen Institutionen hat genug Opfer gefordert, lange genug hat man versucht, uns einzureden, dass es ein „Flüchtlingsproblem“ gäbe. Das Problem sind nicht die Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen – das Problem ist das System, das sie dazu zwingt!

Der Kapitalismus ist seit 2008 in einer tiefen Krise, die Konkurrenz nimmt zu, die Löhne nehmen ab und die Rechte der Beschäftigten werden angegriffen, wo es nur geht. Deshalb begeben sich so viele auf den gefährlichen Weg nach Europa. Doch hier erwarten sie beschissene Lager, Repressionen der Polizei und völlige Rechtlosigkeit – so sieht kapitalistische Demokratie wirklich aus!

Den Geflüchteten in Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als in den Hungerstreik zu treten, während die Bundesregierung russische Ex-Milliardäre im Privatjet nach Deutschland fliegen lässt und ihnen Asyl gewährt, weil sie sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie nicht mehr so gut verstehen. Als das Asylgesetz in Deutschland praktisch abgeschafft wurde, übernahm die damalige Bundesregierung von CDU/CSU/FDP zusammen mit

der SPD die „Argumente“ der damaligen Nazis von DVU und Republikanern. Es ging dabei um sog. „Wirtschaftsasylanten“, die nicht kommen durften, weil sie angeblich nur die Vorteile der deutschen Wirtschaft ausnutzen würden. Jetzt hetzt die CSU wieder gegen EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien und stellt sie als Bedrohung dar. Die deutsche Regierung selbst bereitet den Nährboden für Rassismus und zieht am Ende sogar noch Vorteile daraus. Die radikalste Form davon sind dann brennende Asylunterkünfte und offene Angriffe gegen MigrantInnen auf der Straße. Dieser Stimmungsmache setzen wir uns entgegen – wir sehen es als Aufgabe aller AntifaschistInnen und Linken an, sich gegen diesen Terror zu wehren und Selbstverteidigung zu organisieren. Wir kämpfen internationalistisch und solidarisch – unsere Klasse kennt keine Ausländer!

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, denn es ist nicht wahr, dass das „europäische Boot“ voll ist, es sind die Boote der flüchtenden Menschen, die zu voll sind!

Wir treten für volle Bürgerrechte für alle Menschen ein, die in der EU leben oder hier geboren wurden, und für deren Recht auf Arbeit, egal welche Hautfarbe man hat! Wir wollen keine Festung Europa, keine Sparpakete und Ein-Euro-Jobs nur für Cops!

Der Berliner Senat will das ganze Problem einfach aussitzen. Das heißt, dass es keine Lösung im Sinne der Geflüchteten geben wird und dass der alltägliche Rassismus weiter geht.

Wir fordern deshalb alle AktivistInnen auf, weiter diese rassistische Flüchtlingspolitik Deutschlands und Berlins anzugreifen und für mehr UnterstützerInnen zu werben. In München öffnete der DGB sein Haus für die Geflüchteten und auch diese Demonstration wird von Gewerkschaften unterstützt. Doch was noch mehr hilft als Worte, sind aber Taten. Dann können wir eine breitere Mobilisierung erreichen und Druck aufbauen!

Heute bestreiken tausende Menschen die Schule, den Betrieb und die Uni und wenn der Innensenator Henkel den O-Platz räumen lassen will, dann soll er ruhig wissen, dass wir wiederkommen werden, denn wir sind viele, wir

sind gut organisiert und wir sind richtig sauer! Gegen die Räumung des O-Platzes – Refugees welcome!!!

Rede von Svenja Spunck auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Berlin

---

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer"

Hallo, ich bin Svenja. Ich bin aktiv in der Jugendorganisation Revolution und in der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, kurz NaO.

Wir alle setzen heute ein wichtiges Zeichen der Solidarität – Solidarität mit den Refugees, ihren Forderungen und ihrem Kampf! Wir sind heute hier, um das Recht der BewohnerInnen des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule zu verteidigen. Wir wehren uns gegen Abschiebung und Residenzpflicht. Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung für alle!

Der Rassismus der deutschen und europäischen Institutionen hat genug Opfer gefordert, lange genug hat man versucht, uns einzureden, dass es ein „Flüchtlingsproblem“ gäbe. Das Problem sind nicht die Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen – das Problem ist das System, das sie dazu zwingt!

Der Kapitalismus ist seit 2008 in einer tiefen Krise, die Konkurrenz nimmt zu, die Löhne nehmen ab und die Rechte der Beschäftigten werden angegriffen,

wo es nur geht. Deshalb begeben sich so viele auf den gefährlichen Weg nach Europa. Doch hier erwarten sie beschissene Lager, Repressionen der Polizei und völlige Rechtlosigkeit – so sieht kapitalistische Demokratie wirklich aus!

Den Geflüchteten in Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als in den Hungerstreik zu treten, während die Bundesregierung russische Ex-Milliardäre im Privatjet nach Deutschland fliegen lässt und ihnen Asyl gewährt, weil sie sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie nicht mehr so gut verstehen. Als das Asylgesetz in Deutschland praktisch abgeschafft wurde, übernahm die damalige Bundesregierung von CDU/CSU/FDP zusammen mit der SPD die „Argumente" der damaligen Nazis von DVU und Republikanern. Es ging dabei um sog. „Wirtschaftsasylanten", die nicht kommen durften, weil sie angeblich nur die Vorteile der deutschen Wirtschaft ausnutzen würden. Jetzt hetzt die CSU wieder gegen EinwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien und stellt sie als Bedrohung dar. Die deutsche Regierung selbst bereitet den Nährboden für Rassismus und zieht am Ende sogar noch Vorteile daraus. Die radikalste Form davon sind dann brennende Asylunterkünfte und offene Angriffe gegen MigrantInnen auf der Straße. Dieser Stimmungsmache setzen wir uns entgegen – wir sehen es als Aufgabe aller AntifaschistInnen und Linken an, sich gegen diesen Terror zu wehren und Selbstverteidigung zu organisieren. Wir kämpfen internationalistisch und solidarisch – unsere Klasse kennt keine Ausländer!

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, denn es ist nicht wahr, dass das „europäische Boot" voll ist, es sind die Boote der flüchtenden Menschen, die zu voll sind!

Wir treten für volle Bürgerrechte für alle Menschen ein, die in der EU leben oder hier geboren wurden, und für deren Recht auf Arbeit, egal welche Hautfarbe man hat! Wir wollen keine Festung Europa, keine Sparpakete und Ein-Euro-Jobs nur für Cops!

Der Berliner Senat will das ganze Problem einfach aussitzen. Das heißt, dass es keine Lösung im Sinne der Geflüchteten geben wird und dass der alltägliche Rassismus weiter geht.

Wir fordern deshalb alle AktivistInnen auf, weiter diese rassistische Flüchtlingspolitik Deutschlands und Berlins anzugreifen und für mehr UnterstützerInnen zu werben. In München öffnete der DGB sein Haus für die Geflüchteten und auch diese Demonstration wird von Gewerkschaften unterstützt. Doch was noch mehr hilft als Worte, sind aber Taten. Dann können wir eine breitere Mobilisierung erreichen und Druck aufbauen!

Heute bestreiken tausende Menschen die Schule, den Betrieb und die Uni und wenn der Innensenator Henkel den O-Platz räumen lassen will, dann soll er ruhig wissen, dass wir wiederkommen werden, denn wir sind viele, wir sind gut organisiert und wir sind richtig sauer! Gegen die Räumung des O-Platzes – Refugees welcome!!!

Rede von Svenja Spunck auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Berlin

---

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Die Ausbeutung der EU kennt keine Grenzen"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler!

Mein Name ist Mo, ich bin von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und ich bin gestern aus Wien hierher geflogen, um bei eurem Schulstreik dabei sein zu können. Warum? Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens, weil es eine großartige Aktion ist, die ihr hier auf die Beine gestellt habt und ich die gesehen haben musste.

Zweitens, weil wir von REVOLUTION auch in Wien mit der Flüchtlingsbewegung gekämpft haben und auf die Straße gegangen sind.

Drittens und am Wichtigsten, weil der Rassismus gegen Flüchtlinge kein deutsches, österreichisches oder schweizer Problem ist. Die Ausgrenzung und Unterdrückung von Migrant*innen ist ein Problem aller imperialistischen Länder, und insbesondere ein gemeinsames Problem von Aktivist*innen in der EU. Diese Festung Europa, die ihre Grenzen mit Stacheldraht, Marineschiffen und scharfer Munition verteidigt und ihre herrschende Klasse, sie kennen keine Grenzen. Keine Grenzen für ihre Ausbeutung, für ihre Profite, für ihre Unterdrückung. Grenzen verwenden sie nur, um uns zu spalten, auszugrenzen, unten zu halten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns gemeinsam wehren – ob wir eine EU-Staatsbürgerschaft haben oder nicht, ob wir in Deutschland leben oder woanders.

Diese EU ist kein Europa der Jugendlichen, kein Europa der Arbeiter*innen, kein Europa der unterdrückten Migrant*innen. Es ist ein gemeinsames Unterdrückungsprojekt des Kapitals gegen uns. Wir wollen und brauchen nämlich keine Festung, an deren Mauern Menschenleben zerschellen. Keinen Machtblock, dessen Armeen in Afghanistan und Mali die Zivilbevölkerung terrorisieren um geostrategische Vorteile oder Ölvorkommen zu sichern. Wir brauchen es nicht, dieses Europa der Kriege und Konzerne!

Wir wollen ein Europa, das ohneGrenzen und Grenzkontrollen auskommt, ein Europa ohne Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung. Wir stellen der grenzübergreifenden Herrschaft des Kapitals die grenzenlose Freiheit eines sozialistischen Europas entgegen.

Ich würde, zum Schluss, so gerne sagen: Wir werden es schaffen! Der Kampf geht weiter! Aber für uns hat der Kampf eben erst begonnen. Um so wichtiger nach diesem starken Zeichen des Kampfes weitere Aktionen folgen zu lassen! Weitere Aktionskomitees an Schulen und Unis aufzubauen und gemeinsam den Rassismus gegen Flüchtlinge zu beenden!

Hoch die internationale Solidarität!

Rede von Mo auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Wien

Refugee Schulstreik Rede am 13.02./Berlin: "Die Ausbeutung der EU kennt keine Grenzen"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler!

Mein Name ist Mo, ich bin von der unabhängigen Jugendorganisation REVOLUTION und ich bin gestern aus Wien hierher geflogen, um bei eurem Schulstreik dabei sein zu können. Warum? Dafür gibt es drei Gründe.

Erstens, weil es eine großartige Aktion ist, die ihr hier auf die Beine gestellt habt und ich die gesehen haben musste.

Zweitens, weil wir von REVOLUTION auch in Wien mit der Flüchtlingsbewegung gekämpft haben und auf die Straße gegangen sind.

Drittens und am Wichtigsten, weil der Rassismus gegen Flüchtlinge kein deutsches, österreichisches oder schweizer Problem ist. Die Ausgrenzung und Unterdrückung von Migrant*innen ist ein Problem aller imperialistischen Länder, und insbesondere ein gemeinsames Problem von Aktivist*innen in der EU. Diese Festung Europa, die ihre Grenzen mit Stacheldraht, Marineschiffen und scharfer Munition verteidigt und ihre herrschende Klasse, sie kennen keine Grenzen. Keine Grenzen für ihre Ausbeutung, für ihre Profite, für ihre Unterdrückung. Grenzen verwenden sie nur, um uns zu spalten, auszugrenzen, unten zu halten. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns gemeinsam wehren – ob wir eine EU-Staatsbürgerschaft haben oder nicht, ob wir in Deutschland leben oder woanders.

Diese EU ist kein Europa der Jugendlichen, kein Europa der Arbeiter*innen, kein Europa der unterdrückten Migrant*innen. Es ist ein gemeinsames Unterdrückungsprojekt des Kapitals gegen uns. Wir wollen und brauchen

nämlich keine Festung, an deren Mauern Menschenleben zerschellen. Keinen Machtblock, dessen Armeen in Afghanistan und Mali die Zivilbevölkerung terrorisieren um geostrategische Vorteile oder Ölvorkommen zu sichern. Wir brauchen es nicht, dieses Europa der Kriege und Konzerne!

Wir wollen ein Europa, das ohneGrenzen und Grenzkontrollen auskommt, ein Europa ohne Unterdrückung, Rassismus und Ausbeutung. Wir stellen der grenzübergreifenden Herrschaft des Kapitals die grenzenlose Freiheit eines sozialistischen Europas entgegen.

Ich würde, zum Schluss, so gerne sagen: Wir werden es schaffen! Der Kampf geht weiter! Aber für uns hat der Kampf eben erst begonnen. Um so wichtiger nach diesem starken Zeichen des Kampfes weitere Aktionen folgen zu lassen! Weitere Aktionskomitees an Schulen und Unis aufzubauen und gemeinsam den Rassismus gegen Flüchtlinge zu beenden!

Hoch die internationale Solidarität!

Rede von Mo auf der Berliner Schulstreikdemonstration, REVOLUTION-Wien

---

Filmkritik: "The Lab"

Der Film „The Lab“ zeigt anhand von Interviews mit vielen bekannten ehemaligen israelischen Militärs auf, dass Waffen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich die Grundvoraussetzung für die Exis#tenz des Siedlerstaates Israel sind.

Der Regisseur Yotam Feldman zeigt ehemalige Ge#neräle und Soldaten, die heute als „Berater“ ihre gesammelten Erfahrungen an Armeen und Polizeien vieler anderer Länder weitergeben, oder als Waffenhersteller innovative und bewährte Technik liefern,die auch andere Regierungen brauchen. Binyamin

Ben#Eliezer, israelischer Verteidigungsminister von 2001 # 2002, ist heute als Vertreter der israelischen Waffenindustrie tätig und antwortet im Film auf die Fragen von Yotam Feldman:

„Warum ist die Nachfrage nach is#raelischen Waffen so groß?“

„Wenn Israel Waffen verkauft,

dann wurden diese bereits getes#tet, ausprobiert. “

„Erzeugt diese Erfahrung also Wirtschaftswachstum?“

„Es bringt Israel Milliarden von Dollar. “

Die Waffenproduktion ist für Israel heute das wich#tigste Exportgeschäft. Der Grund, weshalb das israelische Know-#How weltweit hoch geschätzt wird, ist leicht zu sehen: kaum ein anderes Land in der Welt ist seit Jahrzehnten darauf angewiesen, in so regelmäßigen Abständen Militäreinsätze in besetzten oder angrenzenden Gebieten zu führen, um das eigene Abschreckungspotenzial „aufzufrischen“. Palästina ist dabei immer auch ein Labor, wo neu entwickelte Technik erprobt wird – etwa das „Cornershot“ (Eckschussgewehr), Drohnen oder auch das Raketenschutzschild „Iron Dome“.

Nicht nur in Palästina gibt es permanenten Wider#stand gegen die Besatzungspolitik, auch in allen an#grenzenden Ländern ist die Ablehnung dieser Politik tief verankert.

Itzhak Ben#Israel, ehemaliger General und heute Professor der Philosophie:

„In der ganzen Welt möchte man, wenn man Krieg führt, Siege erringen. In Israel ist Krieg eher wie ein Boxkampf. “

Israelische Firmen bieten Schießtrainings und andere Workshops an, die von zahlenden Kunden aus allen Ländern wahrgenommen werden. Deutlich ernsthaf#tere Bedeutung dürften aber Beratungsfirmen spie#len, die etwa

Taktiken des Häuserkampfes an andere Länder weitergeben. Ausführlich wird die Rolle israe#lischer Berater bei der „Befriedung“ der brasilianischen Favelas in den vergangenen Jahren geschildert.

Noch erschreckender als die Verwissenschaftlichung und Vermarktung von staatlichem Terror ist die Ideo#logie, die sich dabei in den Köpfen der Verantwortli#chen entwickelt hat. Shimon Naveh, ehemaliger Soldat einer Eliteeinheit und heute „Militärphilosoph“, zeigt dem Regisseur ein von der Armee errichtetes arabisches Übungsdorf mit der Bemerkung, dass die#ses mangels Einwohner genau so aussieht, wie man alle arabischen Dörfer gerne sehen würde: tot.

Anschließend zeigt er eine Gebäudewand, in der ein Loch in Form eines Davidsterns ausgespart ist, und erklärt die Erstürmung von Häusern während der zweiten Intifada.

Der Regisseur musste keine Tricks anwenden, um diese Einblicke in die Ideologie des Siedlerstaates zu bekommen, sondern gab seinen Gesprächspartnern

offen an, einen kritischen Film drehen zu wollen. Er prangert die Bekenntnisse der Interviewpartner nicht selbst an, weil sie bereits für sich sprechen. Dennoch kann man die Intention des Filmes kaum falsch ver#stehen, er zeigt, wie die Beteuerungen der israeli#schen Regierung, dass die Araber gleiche Rechte haben und das Militär sich an geltende Regeln hält, von den eigenen Protagonisten widerlegt werden.

Auf jeden Fall gibt der Film einen schonungslosen Blick auf den zutiefst rassistischen Charakter eines Staates, der im demokratischen Kostüm daher kommt. Dem Regisseur muss man das hoch anrech#nen.

Der Film legt korrekterweise die These nahe, dass die israelische Bevölkerung das Geschäft mit den Waffen mitbezahlen muss, und nicht etwa davon profitiert. Aber das erlaubt manchen Zuschauern auch, sich von dem wichtigsten Ziel # der Befreiung der Palästinenser_innen #zu distanzieren

und bei der Fest#stellung anzukommen, dass die Besatzung doch einfach zu teuer für den eigenen Geldbeutel ist.

Für manche Palästinenser_innen dürfte der Film Stoff für Diskussio#nen geben. Denn aus der Sicht von Palästinenser_innen zeigt der Film immer noch den Stolz in den Gesichtern derer, die für ihr Blutvergie#ßen verantwortlich sind. Palästinenser_innen dagegen sieht man in dem Film nur mit Tränen in den Augen # nicht aber als ein Volk, das seit Jahrzehnten für Freiheit kämpft.

Ein Artikel von Heiko Hinterück, REVOLUTION Stuttgart

Filmkritik: "The Lab"

Der Film „The Lab“ zeigt anhand von Interviews mit vielen bekannten ehemaligen israelischen Militärs auf, dass Waffen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich die Grundvoraussetzung für die Exis□tenz des Siedlerstaates Israel sind.

Der Regisseur Yotam Feldman zeigt ehemalige Ge□neräle und Soldaten, die heute als „Berater“ ihre gesammelten Erfahrungen an Armeen und Polizeien vieler anderer Länder weitergeben, oder als Waffenhersteller innovative und bewährte Technik liefern,die auch andere Regierungen brauchen. Binyamin Ben□Eliezer, israelischer Verteidigungsminister von 2001 □ 2002, ist heute als Vertreter der israelischen Waffenindustrie tätig und antwortet im Film auf die Fragen von Yotam Feldman:

„Warum ist die Nachfrage nach is□raelischen Waffen so groß?“

„Wenn Israel Waffen verkauft,

dann wurden diese bereits getes□tet, ausprobiert. “

„Erzeugt diese Erfahrung also Wirtschaftswachstum?“

„Es bringt Israel Milliarden von Dollar. “

Die Waffenproduktion ist für Israel heute das wichtigste Exportgeschäft. Der Grund, weshalb das israelische Know-How weltweit hoch geschätzt wird, ist leicht zu sehen: kaum ein anderes Land in der Welt ist seit Jahrzehnten darauf angewiesen, in so regelmäßigen Abständen Militäreinsätze in besetzten oder angrenzenden Gebieten zu führen, um das eigene Abschreckungspotenzial „aufzufrischen“. Palästina ist dabei immer auch ein Labor, wo neu entwickelte Technik erprobt wird – etwa das „Cornershot“ (Eckschussgewehr), Drohnen oder auch das Raketenschutzschild „Iron Dome“.

Nicht nur in Palästina gibt es permanenten Widerstand gegen die Besatzungspolitik, auch in allen angrenzenden Ländern ist die Ablehnung dieser Politik tief verankert.

Itzhak Ben-Israel, ehemaliger General und heute Professor der Philosophie:

„In der ganzen Welt möchte man, wenn man Krieg führt, Siege erringen. In Israel ist Krieg eher wie ein Boxkampf. “

Israelische Firmen bieten Schießtrainings und andere Workshops an, die von zahlenden Kunden aus allen Ländern wahrgenommen werden. Deutlich ernsthaftere Bedeutung dürften aber Beratungsfirmen spielen, die etwa Taktiken des Häuserkampfes an andere Länder weitergeben. Ausführlich wird die Rolle israelischer Berater bei der „Befriedung“ der brasilianischen Favelas in den vergangenen Jahren geschildert.

Noch erschreckender als die Verwissenschaftlichung und Vermarktung von staatlichem Terror ist die Ideologie, die sich dabei in den Köpfen der Verantwortlichen entwickelt hat. Shimon Naveh, ehemaliger Soldat einer Eliteeinheit und heute „Militärphilosoph“, zeigt dem Regisseur ein von der Armee errichtetes arabisches Übungsdorf mit der Bemerkung, dass dieses

mangels Einwohner genau so aussieht, wie man alle arabischen Dörfer gerne sehen würde: tot.

Anschließend zeigt er eine Gebäudewand, in der ein Loch in Form eines Davidsterns ausgespart ist, und erklärt die Erstürmung von Häusern während der zweiten Intifada.

Der Regisseur musste keine Tricks anwenden, um diese Einblicke in die Ideologie des Siedlerstaates zu bekommen, sondern gab seinen Gesprächspartnern

offen an, einen kritischen Film drehen zu wollen. Er prangert die Bekenntnisse der Interviewpartner nicht selbst an, weil sie bereits für sich sprechen. Dennoch kann man die Intention des Filmes kaum falsch ver□stehen, er zeigt, wie die Beteuerungen der israeli□schen Regierung, dass die Araber gleiche Rechte haben und das Militär sich an geltende Regeln hält, von den eigenen Protagonisten widerlegt werden.

Auf jeden Fall gibt der Film einen schonungslosen Blick auf den zutiefst rassistischen Charakter eines Staates, der im demokratischen Kostüm daher kommt. Dem Regisseur muss man das hoch anrech□nen.

Der Film legt korrekterweise die These nahe, dass die israelische Bevölkerung das Geschäft mit den Waffen mitbezahlen muss, und nicht etwa davon profitiert. Aber das erlaubt manchen Zuschauern auch, sich von dem wichtigsten Ziel □ der Befreiung der Palästinenser_innen □zu distanzieren und bei der Fest□stellung anzukommen, dass die Besatzung doch einfach zu teuer für den eigenen Geldbeutel ist.

Für manche Palästinenser_innen dürfte der Film Stoff für Diskussio□nen geben. Denn aus der Sicht von Palästinenser_innen zeigt der Film immer noch den Stolz in den Gesichtern derer, die für ihr Blutvergie□ßen verantwortlich sind. Palästinenser_innen dagegen sieht man in dem Film nur mit Tränen in den Augen □ nicht aber als ein Volk, das seit Jahrzehnten für Freiheit kämpft.

Ein Artikel von Heiko Hinterück, REVOLUTION Stuttgart

Rede gegen den Akademikerball, Kampf dem Rassismus in Österreich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen!

Gut dass wir heute wieder alle hier sind, um gegen den unseligen Akademikerball von FPÖ und Burschenschaften zu demonstrieren, um ihn zu blockieren, um ihn zu verhindern. Einige von euch sind wieder hier, andere zum ersten Mal dabei. Für mich ist es nicht das erste Mal: Mein Name ist Mo und ich spreche für die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION, wir sind jetzt im Vierten Jahr dabei, den Burschenschafterball zu verhindern.

Und wie jedes Jahr wissen wir, dass wir den Ball nicht nur bekämpfen, weil er ein Symbol für die Stellung der Rechtsradikalen in Österreich ist. Wir kämpfen gegen diesen Akademikerball ganz pragmatisch weil er ein Vernetzungstreffen der radikalen Rechten. Hier sprechen Rechtspopulist_innen und Rechtsradikale aus ganz Europa ab, wie sie gegen Migrant_innen, gegen imperialistisch unterdrückte Länder und wie sie gegen fortschrittliche Aktivist_innen vorgehen.

Dieses Vernetzungstreffen hat in diesem Jahr eine besondere Priorität. Auch wenn die Krise der Deutschen Burschenschaft und die erfolgreichen Proteste der letzten Jahre die Teilnehmer_innenzahlen massiv sinken haben lassen, bildet sich eine rechtspopulistische Fraktion für das EU-Parlament unter Führung der FPÖ und der rechtsradikalen Front National heraus. Diese sogenannte „Europäische Allianz für die Freiheit“ wird auch das heutige

Tanzvergnügen nutzen, um ihre Agenda innerhalb und außerhalb der Parlamente zu besprechen.

Diese EAF nutzt im Grunde genommen die politische Krise der EU, die mit der Wirtschaftskrise einhergeht für ihre eigenen, reaktionären Ziele. Sie stellen dem imperialistischen Machtblock EU und seinen offensichtlichen Fehlern rückschrittliche Antworten entgegen: Nationalismus, Islamfeindlichkeit und völkischen Rassismus. Das ist die Kanalisierung der Enttäuschung und der Abstiegsängste zur Verteidigung des kapitalistischen Status Quo. Das ist der Nährboden, auf dem rassistische Gewalt, Angriffe auf die Arbeiter_innenbewegung und linke Aktivist_innen wächst. Und der Akademikerball ist die Veranstaltung, auf der sich jene, die die raktionären Antworten in die Parlamente tragen mit jenen koordinieren, die ise jetzt schon auf der Straße und in ihre Lebensumfeld umsetzen.

Wir stellen dem heute unseren militanten Widerstand entgegen: Um uns zu schützen, um die radikalen Verteidiger_innen des Kapitalismus zu stoppen stellen wir uns dem Akademikerball in den Weg. Aber wir müssen dem auch politische Antworten entgegen stellen, den Rechtsradikalen ihre soziale Grundlage nehmen und ihre Logik von Nationalismus, Ausbeutung und Unterdrückung angreifen.

- Wir kämpfen gegen den sogenannten antibürokratischen Nationalismus mit revolutionärem Internationalismus!
- Wir stellen der Kritik an den Kosten der EU-Militäreinsätze einen proletarischen Antiimperialismus entgegen!
- Und wir sagen Nein zur rassistischen Hetze gegen Griech_innen, Rumän_innen und andere und sagen stattdessen: Hoch die Internationale Solidarität!

Rede auf der Auftaktkungebung zu den Gegenprotesten, REVOLUTION-Wien

Berlin: Die Krise in Europa und die Neuformierung der radikalen Linken

Ken Loach ist den meisten von uns als linker Filmemacher aus England bekannt. Fast 30 Filme hat er in den letzten fünfzig Jahren geschaffen unter anderem über die spanische Revolution 1936, über die Revolution in Nicaragua 1979, über Streiks in den USA und über die Zerstörungen der neoliberalen Politik.

Ken Loach ist als Filmemacher und als Persönlichkeit ein engagierter revolutionärer Sozialist. Als solcher stellt er immer auch die Frage in den Raum, wie Menschen, die sich wehren sich organisieren könnten oder müssten.

Mitte 2013 ergriff Ken Loach in England die Initiative zur Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei, der „Left Unity“, die von unten aufgebaut werden soll und die möglichst ein lebendiges und breites Spektrum der antikapitalistischen Strömungen vereinen sollte. Darüber wird er uns an der Veranstaltung berichten.

Die Veranstaltung findet ungewohnterweise am Vormittag statt, weil Ken Loach, der an dem Berliner Filmfestival für sein Lebenswerk geehrt wird, einen äusserst gedrängten Terminplan hat. Die Veranstaltung wird aufgrund der knappen Zeit pünktlich beginnen.

Freitag | 14. Februar | 10 – 12 Uhr | Haus der Demokratie | Greifswalderstr. 4

(Vom Alexanderplatz bis zum Haus der Demokratie sind es 1,1 km oder 7 Minuten mit Strassenbahn M4, Richtung Zingster Str.)

Veranstalter:

- Neue antikapitalistische Organisation (NaO), an deren Prozess sich

auch REVOLUTION beteiligt
- Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall (AKI)
- Forum Betrieb, Gewerkschaft und soziale Bewegungen
- Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin

Ukraine: Weder Berlin noch Moskau, sondern proletarischer Internationalismus!

Im letzten Monat hielten Tausende den Unabhängigkeitsplatz der ukrainischen Hauptstadt Kiew besetzt. Ihre Proteste wurden durch Präsident Viktor Janukowitschs Entscheidung ausgelöst, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auszusetzen.

Es war durchgesickert, dass die EU bei diesen Verhandlungen neoliberale Reformen verlangt hatte, wie aktuell für Griechenland oder wie sie 1992 Russland in Form von Jelzins Schocktherapie betroffen hatten.

Die Auswirkungen in Form von Massenarbeitslosigkeit, Inflation und drastischen Kürzungen von Sozialleistungen hätten v.a. den Ostteil der Ukraine bedroht, in dem überwiegend russisch gesprochen wird. Dort befand sich auch ein Zentrum der Schwerindustrie der früheren Sowjetunion. Das ist das Kerngebiet für Janukowitschs Einfluss und dessen Flügel der Kapitalistenklasse, der sich aus vormaligen Partei- und Staatsbürokraten zusammensetzt und durch Privatisierung von Betrieben reich wurde. Sie könnten jedoch der Konkurrenz aus dem Westen ungeschützt kaum standhalten.

Der konkurrierende Flügel der herrschenden Klasse, der im ukrainisch sprechenden West- und Mittelteil sitzt, will den Großteil dieser Industrie, den

er den „Rostgürtel“ nennt, verschrotten. Stattdessen erhoffen sie sich eine Funktion als lokale Vermittler von billigen ukrainischen Arbeitskräften, wenn deutsches Kapital ins Land strömen würde.

Auch Janukowitsch würde gern westliches Kapital ins Land holen, er war bereits in großen Zügen auf die EU-Bedingungen eingegangen und hat auch jetzt einen Vertragsabschluss noch nicht ganz ausgeschlossen. Aber er möchte die bittere EU-Pille versüßen und es sich zugleich nicht mit dem starken Nachbarn Russland verderben.

Eine komplette Wendung nach Westen würde Janukowitschs wirtschaftliche und Wählergrundlage untergraben. Sie würde auch eine Reaktion Russlands provozieren, was die Energieversorgung der Ukraine empfindlich träfe. Das Land steht bei Russland durch dessen Öl- und Gasversorgung in der Kreide. Präsident Putin könnte ihnen also buchstäblich das Licht ausknipsen. Aber auch der Westen kann Druckmittel gegen die Ukraine auffahren, denn in diesem Jahr ist die Rückzahlung von 17 Milliarden Schulden fällig.

Zunehmende imperialistische Rivalität

Der inner-unkrainische Zwist überlappt sich mit der zunehmenden imperialistischen Rivalität. Neben den russischen haben auch amtliche chinesische Stellen gegen die Einmischung von USA und EU in der Ukraine protestiert. Diese beiden neuen imperialistischen Mächte sind enger zusammen gerückt durch Washingtons „Achse gegen Asien“ und den deutschen „Drang nach Osten“ im Kampf um Märkte und billige Arbeitskräfte.

Putin hat zweifelsfrei Druck auf Janukowitsch ausgeübt, um ihn auf Distanz zur EU zu bringen. Zudem hat er Überbrückungskredite versprochen. Aber auf wirtschaftlichem Gebiet kann Russland sich nicht mit Deutschland und dessen EU-Partnern messen. Auch Teile der herrschenden Klasse der USA haben sich eingeschaltet und wollen Vergeltung für die durch Russland erlittene Demütigung im Fall von Syrien.

Das Lager der Protestierenden auf dem Unabhängigkeitsplatz wurde vom alten US-republikanischen Schlachtross Senator John McCain besucht. Er

sprach auf einer Kundgebung Seite an Seite mit Elmar Brok von der CDU.

Ferner traf er mit Arseni Jazenjuk von der oppositionellen Vaterlandspartei, dem Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko sowie mit Olech Tjachnybok von der offen faschistischen „Freiheitsbewegung“ zusammen, deren Banden die Leninstatue auf dem Unabhängigkeitplatz zerstört haben.

Tjachnybok verbreitet offen antisemitische Erklärungen und sagt, dass die Ukraine von einer „moskowitisch-jüdischen Mafia“ befreit und die 400.000 Juden aus dem Land vertrieben werden müssen. Doch der US-Senator und die EU-Emissäre hatten trotzdem keine Scheu, mit ihm zu dinieren!

Diese Einflussnahme von außen durch Moskau, Berlin und Washington auf die sich gegenüber stehenden Lager in der Ukraine bedroht letztlich die Einheit des Landes, das durchaus entlang sprachlicher und historischer Linien auseinander gerissen werden könnte. Beide Seiten sehen für die Ukraine nichts als die Zukunft eines von ihnen dominierten, halb-kolonialen Satellitenstaates vor, der sich in eine globale Weltordnung als von der einen oder anderen Mächtegruppe dominiertes Land einzuordnen hat. Das kann die inneren Gegensätze nur weiter verschärfen. Nur die Arbeiterklasse kann das Land zusammenhalten, inner-ethnische Konflikte vermeiden und wirkliche Unabhängigkeit – Unabhängigkeit vom Deutschen, EU- und US-Imperialismus wie auch von deren russischen und chinesischen Rivalen – errichten.

Weder die pro-westlichen Parteien noch die pro-östlichen Oligarchen können der Ukraine eine gedeihliche Zukunft garantieren. Die Antwort der Masse der Bevölkerung auf die Manipulationen der EU und aus Moskau sollte eine klare Ablehnung beider sein.

Dringend notwendig ist jetzt und künftig eine unabhängig und geschlossen handelnde Arbeiterklasse über die Landesteile und Sprachgrenzen hinweg, eine militante Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und sozialen Errungenschaften und ein entschlossener Aufruf zum Beistand an die westlichen und östlichen Klassengeschwister gleichermaßen.

Brüssel und Moskau: Hände weg von der Ukraine!

Ein Artikel von Dave Stockton, Liga für die Fünfte Internationale

---

Studentenproteste in Großbritannien: Kick cops off campus!

In Universitätsleitungen wird brutal gegen eine Welle von studentischen Besetzungen vorgegangen. Die Unterdrückung des Rechtes auf Demonstration markiert den Anfang vom Ende im Kampf um die Vermarktung der höheren Bildung.

An vielen Universitäten sollen einstweilige Verfügungen jegliche Protestaktionen verhindern. Widersetzen sich StudentInnen den richterlichen Verfügungen, schlägt die Polizei die Aufmüpfigen nieder – mit Schlagstöcken und Stiefeln. In London wurden StudentInnen an den Haaren gezogen oder attackiert bis Blut floss. Michael Chessum, Vorsitzender der UoL-Union beschreibt die Übergriffe als „mit das Übelste und Brutalste was ich seit langer Zeit auf dem Campus erlebt habe“.

In Sussex wurden fünf Studenten von der Uni verwiesen, weil sie an Protestaktionen gegen Privatisierung und Stellenkürzungen teilgenommen hatten. Die besetzten Büros auf Führungsebene im Senat House in London wurden durch spezielle Polizeieinheiten zwangsgeräumt. Einundvierzig StudentInnen wurden bislang festgenommen. Die Polizei erließ Räumungsbefehle, nach denen sich StudentInnen nicht in Gruppen von mehr als vier Leuten versammeln dürfen, ausgenommen sind Vorlesungen und Seminare.

Die Motivation, die hinter diesen unvorhersehbaren Maßnahmen steckt, ist klar: ein Wiederaufleben der Studentenproteste gegen die Privatisierung der

höheren Bildung gefährdet die erhoffte Etablierung von Wissen als marktwirtschaftliches Gut.

Das harte Durchgreifen der Gerichte und Polizei um Studentenproteste zu unterbinden zeigt deutlich, dass der Vizekanzler vom Staat vollste Unterstützung erhält, um die angestrebten Reformen mit allen „notwendigen" Mitteln durchzuboxen.

Die UniversitätsleiterInnen sind die (maßlos überbezahlten) InteressensvertreterInnen des Kapitals im Sektor der höheren Bildung – und erfüllen die gleiche Funktion wie die LeiterInnen der Akademien und der freien Schulen.

Eine gefährliche Einheit

StudentInnen können sich heutzutage glücklich schätzen, wenn ihnen das Schicksal ihrer Zeitgenossen erspart bleibt – Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Mindestlohn ohne gesicherte Arbeitszeit. Gleichzeitig plagen sich viel mit unsicheren Nebenjobs um sich über Wasser zu halten und die Last von Schulden tragen zu können – die letzten Endes in die Taschen der Elite-Universitätsleitung fließen – und trotzdem schwinden ihre Aussichten auf einen gesicherten Arbeitsplatz immer mehr dahin.

Unter diesen Umständen fällt es den Studenten leicht, sich mit den unter bezahlten, gefährlichen und ausgegliederten Arbeitern zu identifizieren, die die Hallen der Residenzen und die Büros der Führungsebenen sauber halten.

Der immense Erfolg der Tres Cosas Kampagne ist Aushängeschild für den Kampf, den Slogan „students and workers unite and fight" in die Tat umzusetzen und Studierende und Arbeiter zu vereinen. Solidarität, die große Losung von 2010, wurde zur Waffe von 2013.

Diese Verlagerung im Bewusstsein einer kleinen, aber aggressiven Schicht von Studenten – dieselben die schon 2010 an Schulen und Junior-Colleges gegen Polizeikräfte kämpften – ist gleichsam unsere größte Stärke und der Alptraum der Universitätsleitung.

Jagt die Polizei vom Campus

Der massenhafte Widerstand 2010 bewies, dass die Regierung die Auseinandersetzung verloren hatte, selbst wenn sie einen Sieg davon tragen konnte. Die Universitätsleitung musste sich nun auf die Polizei als schlagende Kraft verlassen, welche die Vermarktung der Hochschulbildung weiter vorantreiben konnte.

Die Polizeikräfte kamen nicht auf den Campus um jene zu schützen die dort studieren und arbeiten. Sie kamen als Repräsentant des Kapitals welches von der Privatisierung der Bildung seinen Profit schlagen will.

Der Kampf die Bullen vom Campus zu vertreiben, ist mehr als ein bloßer Ausdruck von Feindseligkeit gegenüber Polizeikräften, welche im Interesse der Universitätsleitung Studenten schikanieren, prügeln und festnehmen lassen. Das Verständnis dafür ist die nötige Voraussetzung für die Mobilisierung von Widerstand gegen die Privatisierung unserer Bildung. Wenn es uns nicht gelingt, einen sicheren Raum für demokratische Strukturen in unseren Hochschulen zu schaffen, wird es uns auch nicht möglich sein die Masse der Studenten zu Mobilisieren.

Aber die Repression welche von der Leitung der Universität losgetreten wurde, kann sehr wohl der Funke sein, welcher eine neue, stärkere und politisch tiefschürfendere Studentenbewegung entfachen kann. Aus Angst davor ziehen die Regierung, Leitung und die Repressionsorgane an einem Strang, um diese Bewegung bereits in ihrem Keim zu ersticken. Eine schnelle und andauernde Gegenwehr der Masse an Studenten, kann diesen Angriff auf unser Recht auf Protest bezwingen.

Wir rufen alle StudentInnen dazu auf:

- Verteidigt das Recht auf Protest: die Anklagen müssen fallen gelassen werden, Beendigung des Demonstrationsverbots auf dem Campus; keine Kriminalisierung der beteiligten Studenten und Angestellten. Alle PolizistInnen die an Attacken gegen StudentInnen

beteiligt waren, müssen verurteilt werden.

- Für die Verteidigung der Bildung: Beteiligt euch an der Week of Action gegen die Privatisierung von Studiendarlehen im Februar.
- StudentInnen und ArbeiterInnen vereinigt euch: Solidarität mit dem Kampf der Gewerkschaften im Bildungsbereich für angemessene Löhne. Unterstützt die Tres Cosas Campaign und Streik im Januar.
- Für die Errichtung ein schlagkräftigen Studentenbewegung: Die 'National Campaign Against Fees and Cuts' und die SAAA müssen eine landesweite Versammlung zur Verteidigung der Bildung und zur Zusammenführung aller lokalen Komitees und Netzwerke organisieren, und dadurch die Grundlage für einen koordinierten Widerstand im Jahr 2014 schaffen.

Artikel von KD Tait, Workers Power (England)